Im Gespräch: Kristian Jensen, Außenminister Dänemarks, über die Flüchtlingspolitik, die Zukunft der EU und die Kontrollen an der Grenze zu Deutschland

„Wenn die Politik nicht reagiert, werden die Wähler reagieren“

Herr Minister, vor einem Jahr hat die Flüchtlingskrise in Europa ihren Höhepunkt erlebt, als Bundeskanzlerin Merkel entschieden hat, die Grenze für Flüchtlinge zu öffnen. Wie haben Sie von dieser Entscheidung erfahren?

Wir haben von dieser Entscheidung aus den Medien erfahren. Wir waren ein wenig überrascht, weil die Entscheidung auch das Potential hatte, ein Signal zu senden an Flüchtlinge und Migranten auf der Welt, dass Deutschland nun ein offenes Land ist für jeden, der kommen will. Es war ein starkes Signal, ein humanitäres. Aber auch ein Signal, das bei manchen Flüchtlingen missverstanden wurde als Aufforderung, nach Deutschland zu kommen. Es ist deshalb interessant zu sehen, wie sich die Diskussion über Flüchtlinge seitdem in Deutschland verändert hat.

Es klingt, als seien Sie nicht sonderlich angetan gewesen von der Entscheidung?

Dänemark liegt zwischen Deutschland und Schweden, zwei Ländern also, die ihre Bereitschaft, viele Flüchtlinge aufzunehmen, deutlich gemacht hatten. Manche Flüchtlinge sind dann aber auch nach Dänemark gekommen. Das war ein Nebeneffekt dieser Entscheidung.

Im vergangenen Jahr haben etwa 21 000 Menschen Asyl in Dänemark beantragt.

Ich glaube nicht, dass die Zahl der Flüchtlinge wirklich das Problem war. Das Problem war das Gefühl, dass wir als Politiker die Kontrolle verloren haben. Und ich wurde stets gefragt: Wann und wie endet das? Wir helfen seit langem vielen Flüchtlingen. Aber die Menge und die fehlende Kontrolle haben den Blick auf diese Krise verändert.

Ihr Land war vor allem Transitland, viele Flüchtlinge wollten weiter nach Schweden, das eine großzügigere Asylpolitik verfolgte als Dänemark. Das hatte jahrelang zu Verstimmungen zwischen Kopenhagen und Stockholm geführt – wie haben Sie die Entscheidung Schwedens zur Kehrtwende in der Asylpolitik aufgenommen?

Foto AP

Kristian Jensen

Schweden ist zu der Schlussfolgerung gekommen, dass selbst wenn langfristig viele Flüchtlinge die schwedische Gesellschaft bereichern, es kurzfristig doch einfach zu viel wurde. Es war ihnen nicht mehr möglich, die Flüchtlinge zu integrieren. Sie mussten reagieren. Es war ein klares Signal, dass selbst ein so flüchtlingsfreundliches Land überfordert ist.

Die Schweden werfen den Dänen seit Jahren vor, zu hart über Einwanderung zu diskutieren, und Dänen werfen den Schweden das Gegenteil vor. Sie selbst haben einmal mit Blick auf die politische Korrektheit ihrer Nachbarn gesagt, Sie seien froh, nicht in Schweden zu leben. Sehen Sie das noch immer so?

Es ist natürlich besser, miteinander zu reden als übereinander. Was ich in den letzten Monaten erfahren habe, ist, dass Dänemark und Schweden einen Weg gefunden haben, zusammenzuarbeiten bei diesem Thema. Auch in dem gemeinsamen Versuch, den Menschen dort zu helfen, wo sie sind und bevor sie sich auf den Weg machen. Wir machen das gemeinschaftlicher als noch vor einem Jahr.

In den Norden: *Im vergangenen September marschierten Flüchtlinge auch auf dänischen Straßen – auf dem Weg nach Schweden, da sie nicht in Dänemark bleiben wollten.* Foto dpa

Seit Anfang des Jahres kontrolliert Schweden die Grenze am Öresund – Sie zogen mit Kontrollen an der Grenze zu Deutschland nach. Wie sehr hat die Flüchtlingskrise die Beziehung zu ihren Nachbarn belastet?

Um ein dänisches Sprichwort zu bemühen: Es ist ein Stein im Schuh, dass diese Flüchtlingskrise zu Grenzkontrollen geführt hat, wie wir es uns vorher nicht vorstellen konnten. Kopenhagen und Malmö in Südschweden waren eng miteinander verbunden, Menschen pendelten täglich hin und her. Nun ist das schon schwieriger. An der Grenze zu Deutschland ist das nicht ganz so kompliziert. Aber ich glaube, da gibt es doch einen mentalen Wandel, seit wir die Kontrollen eingeführt haben. Ich selbst war 2003 an der Grenze zu Deutschland, als wir sie damals aufgehoben haben. In meiner Rede sagte ich: Es wird weiter Unterschiede zwischen uns geben, aber wir heben die Kontrollen auf, weil wir uns gegenseitig nicht mehr misstrauen. Leider mussten wir nun einen kleinen Schritt zurück machen.

Wie lange werden Sie die Grenze zu Deutschland noch kontrollieren?

So lange, wie Schweden die Grenze zu Dänemark kontrolliert. Sonst würden Flüchtlinge, die nicht nach Schweden kommen, bei uns bleiben.

Auch Sie reagierten auf die Lage mit weiteren Verschärfungen des Asylrechts – und wurden international kritisiert. Sie selbst mussten ihren Partnern in der EU und bei den UN erklären, was los ist in Dänemark. Gerade erst hat Ihre Regierung nun den Plan 2025 vorgestellt, der weitere Verschärfungen des Asylrechts vorsieht. Was ist da los?

Wir haben in diesem Sommer zum Beispiel auch eine Übereinkunft mit der Wirtschaft getroffen, um mehr Flüchtlinge besser in die Arbeitswelt zu integrieren. Wir verschärfen also nicht nur unsere Asylpolitik, wir geben uns auch viel Mühe zu helfen. Aber es ist wahr, dass wir uns die Regeln für die Migration genau anschauen. Wir möchten lieber unser Geld dafür ausgeben, den Menschen in den Lagern nahe Syrien, im Libanon, in der Türkei zu helfen. Wir müssen wie jedes Land herausfinden, wie wir die große Zahl an Flüchtlingen integrieren und zugleich unsere Hilfe anpassen, damit sie mehr Menschen in den Lagern nahe ihrer Heimat erreicht, damit sie sich gar nicht erst auf den Weg machen.

Es scheint, dass Sie so unattraktiv wie möglich sein wollen für Asylbewerber?

Ich habe viele Länder in Europa gehört, die so etwas stolz für sich reklamiert haben. Ich lasse mich auf so einen Wettbewerb nicht ein.

In der Woche, bevor der 2025-Plan vorgestellt wurde, haben 36 Menschen Asyl in Dänemark beantragt. In diesem Jahr erwarten sie 10 000 Asylbewerber insgesamt. Das sind zu viele?

Wir haben viele Jahre lang etwa 4500 Flüchtlinge im Jahr aufgenommen, das war kein Problem. Aber mit so hohen Zahlen und mit Blick auf die Familienzusammenführung ist das eine große Herausforderung. Aber ich verspreche: Wir werden weiter viele Flüchtlinge aufnehmen. Außerdem gehören wir zu den wenigen Ländern, die 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe ausgeben – viel geht davon in Flüchtlingslager überall in der Welt.

Was haben Sie nach einem Jahr Flüchtlingskrise über die Solidarität in Europa gelernt?

Dass wir die gemeinsame Kontrolle der Außengrenze stärken müssen. Und: Wenn die Politik nicht reagiert, werden die Wähler reagieren. Manche wählen dann extrem, ob links oder rechts. Über die Landtagswahlen in Deutschland will ich gar nicht reden. Wir müssen also reagieren, weise und unseren Werten folgend. In Dänemark glauben wir: Wenn wir die Zahlen senken, können wir die Hilfe in den Ursprungsländern verbessern.

Kanzlerin Merkel hat ein Abkommen mit der Türkei als wichtigen Bestandteil zur Lösung der Flüchtlingskrise präsentiert. Wie bewerten Sie dieses?

Das Abkommen ist sehr wichtig. Die Türken helfen uns, die Grenzen zu schützen, und wir helfen den Türken, die Last von mehr als 2,5 Millionen Flüchtlingen im Land zu tragen.

Ist die Türkei nach dem Putschversuch ein verlässlicher Partner?

Wir Dänen haben viele Fragen an die türkische Regierung mit Blick auf die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, den Umgang mit den Kurden. Aber die Türkei ist ein strategischer Partner. Es ist wichtig, dass Ankara uns zugewendet bleibt – und sich nicht etwa Putin oder anderen Diktatoren in der Welt zuwendet.

Nicht nur die Flüchtlingskrise hat Europa erschüttert, auch der „Brexit“. Sie sind einst mit Großbritannien in die Europäische Gemeinschaft gekommen – hat die Entscheidung Konsequenzen für Sie?

Die größte Herausforderung in der Außenpolitik ist für uns gerade tatsächlich der „Brexit“. Es ist ein Signal. Auch in Dänemark gab es vor kurzem ein Referendum mit Blick auf eine engere Kooperation mit Europa, die Dänen haben nein gesagt. Dafür gibt es viele Gründe, ein wichtiger ist aber: Die Menschen haben das Gefühl, dass Europa ihnen nicht bietet, was sie erwarten. Die EU sollte Arbeit und Wachstum ermöglichen, Sicherheit und Kontrolle des Flüchtlingsstroms. Das leistet Europa gerade nicht. Wir müssen also darüber reden, wie wir die EU verändern können, um den Erwartungen unserer Bürger zu entsprechen. Das ist die wichtigste Frage. Die zweitwichtigste ist, wie wir eine gute Scheidung hinbekommen mit einem Land, das für uns ein wichtiger Verbündeter war.

Ist die Antwort mehr Integration in der EU oder weniger?

Die Antwort ist, dass die EU voranschreiten sollte bei ihren Kernaufgaben. Ich glaube nicht, dass eine europäische Armee eine gute Idee ist, genauso wenig wie eine stärkere soziale Union – das wäre sogar die völlig falsche Antwort. Ich bin ein Anhänger der Bewegungsfreiheit in Europa, aber nicht von der Freiheit, Ansprüche zu stellen.

Seit dem „Brexit“ präsentieren sich Frankreichs Präsident Hollande, Italiens Premierminister Renzi und Merkel als neues Führungstrio in Europa. Kann das gutgehen?

Ohne Führung geht es nicht, und ich bin dankbar, dass Kanzlerin Merkel diese übernommen hat. Ich bin zuversichtlich, dass sie eine Lösung finden wird, die Rücksicht nimmt auf die Unterschiede in Europa. Denn wenn auch die kleinen Länder mitgenommen werden, kann etwas Gutes daraus werden. Wenn aber nur die Agenda der großen Länder verfolgt wird, werden wir ein noch weiter geteiltes Europa erleben. Aber als wir die Dänen gefragt haben, ob sie den britischen Weg gehen wollen, haben nur wenige zugestimmt. Die meisten wollen in der EU bleiben. Aber in der EU von heute, nicht in einer superintegrierten EU.

Die Fragen stellte **Matthias Wyssuwa.**

Plan 2025: Dänemarks Asylverschärfung

Die Regierungszeit der liberal-konservativen Venstre-Partei, der auch Außenminister Jensen angehört, steht im Zeichen der Flüchtlingskrise. Sie wurde erst im vergangenen Sommer gewählt und ist als ganz kleine Minderheitsregierung auf die Unterstützung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei angewiesen, die vor allem für eine restriktive Flüchtlingspolitik eintritt. So erregten die Dänen schon im vergangenen Winter mit Verschärfungen des Asylrechts Aufsehen. Besonders die Passage, die es der dänischen Polizei erlaubt, die Taschen von Flüchtlingen zu kontrollieren und Barbeträge sowie Gegenstände einzubehalten – zumindest, wenn sie keine emotionale Bedeutung haben –, die einen Wert von etwa 1300 Euro übersteigen, wurde kritisiert. Ende August legte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen den 2025-Plan vor, der den Titel „Ein stärkeres Dänemark“ trägt und weitere Verschärfungen vorsieht. So soll die Möglichkeit geschaffen werden, mit einer „Notbremse“ in einer Krisensituation Asylbewerber an der Grenze abweisen zu können. Auch sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden, das Land wieder zu verlassen, und es soll schwerer werden, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. (mawy.)

Zerplatzte Träume im flachen Land

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen bleibt die AfD weit hinter ihren Erwartungen zurück – CDU und SPD zeigen sich stabil / Von Reinhard Bingener

HANNOVER, 12. September. Die AfD hatte sich als Ziel für die Kommunalwahlen in Niedersachsen ein zweistelliges Ergebnis gesetzt. Diese Vorgabe stimmte mit den Befürchtungen in anderen Parteien überein, dass die AfD nach ihren 20,8 Prozent bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nun auch in Niedersachsen zumindest zweistellig werden könnte. Es gab allerdings auch Warnungen, dass sich das Flächenland Niedersachsen für die junge Partei als ungewohnt schwieriges Terrain erweisen könnte. Die beiden großen Parteien verfügten dort bisher über vergleichsweise große und stabile Wählerschaften. Und in der Tat gelang es den etablierten Parteien am Wahlsonntag, sich ordentlich zu behaupten.

Am frühen Montagmorgen teilte die Landeswahlleiterin mit, dass die AfD in der Gesamtbetrachtung der Kommunalwahlen lediglich 7,8 Prozent erhalten hat. Die Partei blieb damit in Niedersachsen nicht nur weit hinter ihrem Landtagswahlergebnis aus Mecklenburg-Vorpommern zurück, sondern auch hinter ihrem Kommunalwahlergebnis aus Hessen, wo sie im März 11,3 Prozent erzielt hatte.

Die stärkste Kraft auf kommunaler Ebene bleibt in Niedersachsen die CDU. Die Partei verlor zwar 2,6 Prozentpunkte, erzielte mit 34,4 Prozent aber ein Ergebnis, mit dem sich die Union am Montagmorgen durchaus zufrieden zeigte. Denn die bundespolitischen Umstände waren widrig, in der Parteiführung ärgerte man sich über den Zwist zwischen den beiden Unionsparteien in den vergangenen Tagen. Die SPD verlor mit 3,7 Prozentpunkten etwas stärker als die Union, erzielte mit 31,2 Prozent aber ebenfalls ein aus ihrer Sicht zufriedenstellendes Gesamtergebnis. Die Grünen, die bei den vergangenen Wahlen im September 2011 noch von den Ausläufern des Fukushima-Effektes profitiert hatten, verloren am Sonntag 3,4 Prozentpunkte und kamen auf 10,9 Prozent. Damit fielen sie zwar nicht hinter den Neuling AfD zurück, erlitten jedoch die im Verhältnis stärksten Verluste der relevanten Parteien. Der FDP gelang es hingegen, sich von ihrem schwachen Abschneiden 2011 zu erholen. Die Freien Demokraten legten 1,4 Prozentpunkte auf 4,8 Prozent zu. Die Linkspartei legte um 0,9 Punkte auf 3,3 Prozent zu. Die unabhängigen Wählergruppen büßten 0,3 Punkte auf sechs Prozent ein.

Durch eine solche Gesamtbetrachtung der Kommunalwahlen lässt sich die politische Stimmung im Land allerdings nur sehr ungefähr abschätzen. Für die politischen Verhältnisse vor Ort in den kommenden Jahren ist wenig ausgesagt, da sich die politischen Kräfteverhältnisse von Region zu Region stark unterscheiden und diese Unterschiede im norddeutschen Flächenland Niedersachsen besonders ausgeprägt sind.

Bei den Direktwahlen von sechs Landräten schnitten die sozialdemokratischen Bewerber stark ab. In den vier Landkreisen Leer, Wittmund, Hildesheim und Peine erzielten die SPD-Kandidaten jeweils mehr als 50 Prozent der Stimmen. In Helmstedt und Göttingen kommt es jeweils zu Stichwahlen zwischen den Bewerbern von SPD und CDU. In der bisherigen sozialdemokratischen Hochburg Hannover verlor Rot-Grün die Mehrheit, und zwar sowohl im Stadtrat der Landeshauptstadt wie auf Ebene der Region Hannover, dem mit mehr als 1,1 Millionen Einwohnern größten Kommunalverband im Land. Damit geht die viele Jahre währende und weithin unangefochtene Dominanz des rot-grünen Lagers im Zentrum Niedersachsens zu Ende. Das Regieren dürfte in den kommenden Jahren sowohl für Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) wie für Regionspräsident Heike Jagau (SPD) schwieriger werden. Offen ist nun, ob sich die bisherigen Bündnispartner SPD und Grüne lediglich einen neuen Bündnispartner wie die Linkspartei oder die FDP hinzuholen oder ob die eingespielte Partnerschaft beider Parteien gelöst wird.

Bei der CDU stellte sich das Gesamtbild am Montag ebenfalls gemischt dar. Bei der Wahl des neuen Stadtrats in Braunschweig büßte die Union herbe 12 Prozentpunkte ein und liegt dort nun deutlich hinter den Sozialdemokraten. In Celle, wo am Sonntag die einzige Wahl eines Oberbürgermeisters stattfand, schnitt der CDU-Kandidat Jörg Nigge mit 45,6 Prozent knapp schlechter ab als der sozialdemokratische Amtsinhaber Dirk-Ulrich Mende, der 46,1 Prozent erzielte. In zwei Wochen wird es in der 70 000 Einwohner zählenden früheren Residenzstadt zu einer Stichwahl zwischen beiden kommen. Die Wahl in Celle fand viel Beachtung, weil der SPD-Politiker Mende dort vor sieben Jahren eine bisherige CDU-Hochburg erobert hatte und die Union nun alles daransetzte, dieses Amt wieder zu erobern. Im Wahlkampf bot sie dafür sogar die Kanzlerin auf – mit mäßigem Erfolg.

Eine gewisse Erleichterung dürften der Union die Wahlergebnisse aus dem Westen des Landes verschafft haben. In den dortigen agrarisch geprägten Regionen ist die CDU traditionell stark. Die Landkreise Emsland, Cloppenburg und Vechta, wo noch eine katholische Prägung hinzutritt, gehören zu den politisch schwärzesten Regionen Deutschlands. Die CDU verlor dort am Sonntag zwar Stimmenanteile, verteidigte aber mit Leichtigkeit ihre absoluten Mehrheiten. Stärker dürfte für die Union sogar wiegen, dass es der AfD dort nicht gelang, den offenbar fest verwurzelten CDU-Konservativismus aufzubrechen. Die AfD erzielte lediglich ein Ergebnis um fünf Prozent herum. In der Grafschaft Bentheim ganz im Westen, wo eine evangelisch-reformierte Prägung eine Rolle spielt, bekam die AfD sogar nur 1,1 Prozent.

Die AfD erzielte ihre besten Ergebnisse in den eher städtischen, allerdings nicht universitär geprägten Gebieten, insbesondere dort, wo die Verunsicherung groß ist und traditionelle Bindungen weniger große Bedeutungen haben. In Delmenhorst, einem späten Kind der Industrialisierung, erhielt die AfD mit 15,1 Prozent ihr bestes Ergebnis, in der Hafenstadt Wilhelmshaven mit 11,2 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis. In den Universitätsstädten Oldenburg und Osnabrück, den beiden Grünen-Hochburgen im Land, erzielte die AfD lediglich um die fünf Prozent.

STIMMEN DER ANDEREN

Unvorhersehbare Konsequenzen

„Corriere della Sera“ (Mailand) meint zur Erkrankung Hillary Clintons:

„Hillary Clinton hat eine Lungenentzündung. Es ist eine Nachricht, die einen gewaltigen Einfluss auf den Wahlkampf haben kann. Für den Moment musste die ehemalige Außenministerin nur ihre Tour durch Kalifornien absagen. Aber es ist offensichtlich, dass die Konsequenzen an diesem Punkt unvorhersehbar sind. Die amerikanische Öffentlichkeit wurde tagelang im Dunkeln gelassen über den Gesundheitszustand von Hillary Clinton, und das Theater wäre sicherlich noch lange weitergegangen, wenn die frühere First Lady nicht die Zeremonie am Ground Zero hätte verlassen müssen.“

Das Problem Nordkorea

„Jyllands-Posten“ (Aarhus) kommentiert Nordkoreas unterirdischen Atomtest:

„Das Problem mit Nordkorea ist, dass es Grenzen gibt, was die Außenwelt tun kann. Die Vereinigten Staaten könnten zweifellos das Land in ein paar Stunden dem Erdboden gleichmachen, aber zum einen wären die zivilen Opfer nicht akzeptabel, zum anderen würde die fragile Sicherheitsarchitektur in der Region, die tatsächlich existiert und einen großen Krieg seit Jahrzehnten verhindert, kollabieren. Das Regime in Pjöngjang wäre verschwunden, aber China wäre wenig begeistert von einer Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel, was das Ergebnis wäre. Die Wiedervereinigung würde unter amerikanischer Schirmherrschaft stattfinden, und damit würde Pekings schlimmster Albtraum wahr: eine vom Western inspirierte Demokratie, direkt an der Grenze zum Reich der Mitte.“

Assad kann sich vorerst sicher fühlen

Zur vereinbarten Feuerpause in Syrien meint die „Neue Zürcher Zeitung“:

„Assad kann sich vorerst sicher fühlen. Mit keinem Wort erwähnt die Vereinbarung die Forderung nach seinem Rücktritt. Die Taktik des Machthabers scheint aufzugehen. Dass sich die Amerikaner anscheinend damit abgefunden haben, dass Assad im Amt bleibt, ist vor allem für viele demokratische Aktivisten bitter – und es ist ein Armutszeugnis für Amerika. Russland hat mit der Vereinbarung erreicht, dass sich die Amerikaner auf den gemeinsamen Kampf gegen den syrischen Qaida-Ableger verpflichten. Nun hängt es an Washington und Moskau, ihre Verbündeten von ihrem Kurs zu überzeugen.“

Technische Pause im Krieg

„Nesawissimaja Gaseta“ (Moskau) meint:

„Als die Nachricht von der Einigung aus dem Verhandlungszimmer im Genfer Hotel ‚Präsident Wilson‘ durchsickerte, zogen politische Optimisten gleich historische Parallelen zur Anti-Hitler-Koalition. Doch es ist längst nicht sicher, dass eine ebenso vollwertige Militärallianz zwischen Russland und Amerika im Kampf gegen den ‚Islamischen Staat‘ entstehen wird – vor allem, weil die Ziele beider Seiten überhaupt nicht übereinstimmen. Im Krieg in Syrien wird eine technische Pause eingelegt, bestenfalls bis zum Ende der Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten.“

Moskau betreibt zynische Realpolitik

„The Times“ (London) kritisiert:

„Ob die Waffenruhe hält, hängt vom Wohlwollen des Kremls ab. Präsident Putin ist bewusst, dass Hillary Clinton sich seit Jahren für Flugverbotszonen über Syrien ausspricht. Er wollte deren Einrichtung um jeden Preis zuvorkommen. Russlands Macht über seinen Klientelstaat hängt von dessen Fähigkeit ab, den Luftraum zu kontrollieren und nach Belieben Angriffsziele zu bombardieren. Eine von den Vereinigten Staaten durchgesetzte Flugverbotszone wäre eine direkte Herausforderung. Das hat Putin bewogen, Zustimmung zu einer friedlichen Kooperation mit der scheidenden Obama-Administration vorzutäuschen. Deshalb ist diese Waffenruhe – wenngleich dargestellt als ein Akt barmherziger Staatskunst – eher Ausdruck einer zynischen Realpolitik Moskaus und der verzweifelten Kapitulation der amerikanischen Regierung.“